



Gesundheitspolitischer Wochenrückblick
Institut für Gesundheitssystem-Entwicklung

13/14 KW

2018

Mondphasen: Maria Klein-Schmeink, Kordula Schulz-Asche

Koalitionsvertrag und politische Zusammenarbeit in Gesundheit und Pflege

Der Koalitionsvertrag atmet aus Sicht von Bündnis 90/Die Grünen bestenfalls den Geist des „Weiter so“. Er setzt den Weg der Befriedung einzelner Akteursgruppen fort, der in den letzten Jahren gegangen wurde und an dessen negativer Bilanz Jens Spahn maßgeblich beteiligt war: Krankenhausfinanzierung, Integrierte Versorgungskonzepte (mit regionaler Gestaltungskompetenz), Geburtshilfe und Gesundheitsberufe – überall finden wir massive Defizite im System, die sich über Jahre aufgebaut haben. Die aktuelle Legislaturperiode wird daher sicher nicht mehr so friedlich über die Bühne gehen, wie die letzte. Hermann Gröhe hat handwerklich umgesetzt, was im Koalitionsvertrag fixiert war. Mit Jens Spahn, der sich an den jetzigen Vertrag vermutlich weniger gebunden fühlt, wird es um jeden Satz des Vertrags ein zähes Ringen geben. Erschreckend ist zudem die Unverbindlichkeit des Koalitionsvertrags. Gerade bei den Themen Digitalisierung und Integration der Versorgung (mit einer sehr „luftigen“ Bund/Länder-Arbeitsgruppe) hätten wir mit einer Jamaika-Koalition deutlich stringendere Konzepte vorgelegt. Beim Thema Digitalisierung wird Spahn versuchen, Zeichen zu setzen, welche auch immer das sein mögen. Sorge macht uns dabei allerdings seine Aussagen, dass Datenschutz „nur etwas für Gesunde“ sei. Natürlich brauchen wir endlich Digitalisierung, aber auch mit gutem Datenschutz – vor allem aber für die kranken Menschen, wie wir gerade aus der deutschen Geschichte wissen. Von einer an guter Versorgung orientierten Digitalisierung sind wir aktuell weit entfernt und markige Sprüche helfen uns hier nicht weiter. Hier werden wir die Regierung ordentlich triezeln!

Im Bereich der Pflege gibt es zwar große Übereinstimmung mit den bereits formulierten Jamaika-Konzepten. In der Konkretisierung zeigt sich aber, dass die Partner der Großen Koalition nicht verstanden haben, worum es eigentlich geht: Die 8.000 Pflegekräfte für die medizinische Behandlungspflege sind ein Witz und machen deutlich, dass man eigentlich nicht wirklich an die Kernprobleme will. Wirklich Sorgen macht uns, dass wir immer mehr pflegebedürftige Menschen und immer mehr überlastete Angehörige bei gleichzeitig wachsendem Fachkräftemangel haben. Diese Probleme müs-



sen gelöst werden – und zwar schnell. Als Gesundheitsminister muss Jens Spahn hier endlich die Arbeit aufnehmen. Sozialpolitik ist gerade in dieser angespannten Situation kein Feld für flapsige Formulierungen. Wir brauchen jeden, der sich in der Pflege als Fachkraft engagieren will. Ein Mi-

nister, der sich durch Spaltung der Gesellschaft profilieren will, ist dabei alles andere als hilfreich. Wir brauchen ausreichend gute Fachkräfte an Krankenhäusern sowie Altenheimen und ambulanten Pflegediensten. Basis dafür muss eine Diskussion um die Qualität von Pflege sein, die sich an der Patientenorientierung ausrichtet. Dieses Defizit sehen wir als einen der mitentscheidenden Gründe für Pflegefachkräfte, dem Beruf den Rücken zu kehren: Sie wollen gut pflegen und nicht dokumentieren! Der Rückgriff auf die Potentiale der Kommunen ist bisher absolut unterbelichtet. Gerade für ältere Menschen (und ihr Angehörigen) müssen Konzepte zur Kompensation einer eingeschränkten Alltagsmobilität aufgebaut werden, um die soziale Teilhabe zu gewährleisten und Pflegebedürftigkeit zu vermeiden. Das geht nur mit kommunaler Kompetenz, die in der Altenhilfe auch angelegt ist. Wir werden uns also sehr genau ansehen, ob aus der jetzt geplanten Konzentrierten Aktion Pflege nicht nur ein weiterer Debattierklub wird. Der Lösungsvorschlag im Koalitionsvertrag, dass Heime und KVen künftig Versorgungsverträge abschließen sollen, ist absurd. Die KV hat hier den Sicherstellungsauftrag – und diesen Auftrag soll sie gefälligst auch erfüllen.

Abschließend noch die Einschätzung, dass die parlamentarische Arbeit durch die Polarisierungen Jens Spahns (die nichts mit der Gesundheitsversorgung, sondern eher mit seinen eigenen politischen Ambitionen zu tun haben) nicht einfacher wird. Diese Profilierungen machen nicht nur die Zusammenarbeit mit der Opposition und dem Koalitionspartner schwierig, sondern sie schwächen auch den Rückhalt des Ministers in seiner eigenen Fraktion. Und dies gerade in einer Situation, in der Gesundheit und Pflege direkt vor den Herausforderungen des demografischen Wandels steht. Jetzt ist Zusammenhalt und Zusammenarbeit gefragt.